

Dialog zum Entwurf des BmU-Programms 2020

Bereich Nachhaltigkeit/Soziales und Bildung

(Schulen, Familienfreundlichkeit, Generationen, Integration, Ehrenamt...)

Gerade die Corona-Pandemie zeigt auf, wie wichtig ein soziales Miteinander ist. Nachbarn unterstützen sich gegenseitig, die Corona-Hilfe wird von Sozialträgern, Vereinen und Kirchen maßgeblich organisiert. Durch den beherzten Einsatz von einigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern konnte die Erkrather Tafel wieder einen Notbetrieb aufnehmen, der für die Bedürftigen eine sehr wichtige Unterstützung darstellt.

Erkrath hat tolle Menschen, die hier solidarisch mit anpacken.

Und es gibt so viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich in Vereinen und Kirchen einbringen, ohne die es viele Angebote z.B. zur Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit nicht gäbe.

Daher ist der BmU auch immer schon wichtig, das **Ehrenamt** zu **fördern**. Die Einführung der Ehrenamtskarte mit Rabattmöglichkeiten für Engagierte geht auf die BmU zurück. Es gilt zu prüfen, ob als Wertschätzung für die geleistete Arbeit nicht auch z.B. eine Fahrtkostenerstattung oder eine Unfallversicherung bezahlt werden kann. Oder man könnte die Vergabe von Restkarten aus dem städtischen Kulturprogramm auch auf diesen Personenkreis ausdehnen. Für sozial Schwache wird dies, auf eine Anregung der BmU hin, seit Jahren bereits unter dem Begriff „Kulturloge“ praktiziert.

Gerade im Bereich der Integration kann man sich nur für das große Engagement bedanken, das insbesondere der Freundeskreis für Flüchtlinge und Du-Ich-Wir einbringen. Da wird ganz pragmatisch geholfen, beraten und Sprachunterricht bzw. Nachhilfe gegeben. Und die städtische Verwaltung entlastet. Dem Beratungsbüro „Hand-in-Hand“ an den Hochdahl Arcaden, das allen Bürgerinnen und Bürgern Beratung anbietet, haben sich mittlerweile auch die Taschengeldbörse (organisiert von Jugendrat/Seniorenrat) und die Behindertenbeauftragte angegliedert, zudem wird dort auch eine „Nette Toilette“ angeboten.

Beispielhaft ist auch die Arbeit des Bürgerbus-Vereins, der mit seinen vielen ehrenamtlich Tätigen dafür sorgt, dass insbesondere Ältere und Eingeschränkte die Möglichkeit haben, aus den Randbereichen von Alt-Erkrath in die Ortsmitte zu kommen und am sozialen Leben teilzunehmen. Seit 14 Jahren ist dieser Verein aktiv. Am Anfang gegen massive Widerstände insbesondere der CDU.

Solche **Projekte unter dem Motto „Bürger für Bürger“** (selbstverständlich inklusive Bürgerinnen) sind es, die eine Stadt braucht und auch lebenswert macht.

Mit einer vernünftigen Finanzpolitik muss auch dafür gesorgt werden, dass Erkrath nicht in einen Zwangshaushalt stürzt, in dem viele unterstützenswerte Angebote für die Bürgerschaft massiv bedroht wären. Etwa Sportanlagen, Begegnungsstätten, Treffpunkte, Räumlichkeiten wie Stadthalle bzw. Bürgerhaus, Volkshochschule, Musikschule, Bibliotheken, Jugendcafes, Grünanlagen, Kulturangebote (wie Theater, erk@art) u.v.a.m..

Oder das unter dem Punkt Stadtentwicklung angesprochene Forum mit seinem Platz für soziale Angebote wie SKFM-Sozialkaufhaus und Arbeitslosenprojekt, Erkrather Tafel, Die Werkstatt, IKZ, TSV.

Außerdem muss auch auf die **Infrastruktur** geachtet werden. So muss noch an vielen Stellen die Absenkung der Bordsteinkanten mit taktilen Elementen (für Sehbehinderte) erfolgen, gerade auch für Menschen mit Kinderwagen, Rollator und Rollstuhl.

Neben der Unterstützung der **Schulen** u.a. durch die **Sanierung und Modernisierung der Gebäude** oder durch **Neubauten** kümmert sich die BmU aber auch ganz praktisch um deren Sorgen und Nöte. So hat sie das Eltern-Taxi-Problem vor einigen Schulen aufgegriffen und beginnend mit den Grundschulen Millrath und Falkenstraße dieses auf die Tagesordnung gebracht. Sie regt auch an, die Schulwegepläne dahingehend zu überprüfen und den Kinderstadtplan unter Mitwirkung des Kinderparlamentes zu überarbeiten.

Um auf die **Garantie von OGS-Plätzen** und auf andere Veränderungen vorbereitet zu sein, muss der Schulentwicklungsplan weitergeschrieben werden. Hier hat die BmU erwirkt, dass dieses Mal auch die **Qualität der OGS-Betreuung** in den Blick genommen wird.

Angesichts der Corona-Krise setzt sich die BmU intensiv dafür ein, dass die Schulen die notwendigen Mittel erhalten, damit das **digitale Lernen** umgesetzt werden kann. Es besteht die Gefahr, dass für die Schülerinnen und Schüler ein ganzes Schuljahr verloren geht, wenn der nur eingeschränkt mögliche Präsenzunterricht nicht durch ein qualifizierendes Lernen auf Distanz („Home-schooling“) begleitet wird. Der Digitalpakt muss deutlich schneller umgesetzt werden. Die Schulen, die ihr Medienkonzept schon im Sommer 2019 eingereicht hatten, warten seitdem.

Die BmU setzt sich für die bestehenden Schulen in Erkrath ein. Diese leisten eine gute Arbeit, alle Schulabschlüsse können an ihnen erworben werden. Auch an der Hauptschule kann die Fachoberschulreife (Mittlere Reife) und die Qualifikation für die Gymnasiale Oberstufe erworben werden.

Für die Eltern, welche für ihr Kind die Gesamtschule bevorzugen, hat die BmU mit dafür gesorgt, dass die Stadt mit der Gesamtschule in Hilden die Vereinbarung getroffen hat, dass dort Plätze für Kinder aus Erkrath vorgehalten werden.

Die BmU hat das Ohr an den Wünschen der Elternschaft. Sie lehnt aber die so genannte Bedarfsabfrage bezüglich einer Gesamtschule ab, da sie für die Stadt verbindlich wäre. Würden sich von etwa 350 Eltern (der 3. Klässler) nur mindestens 100 für eine Gesamtschule aussprechen, so wäre die Stadt verpflichtet diese einzurichten. Eine Minderheit könnte über die Mehrheit bestimmen. Folge: mindestens zwei weiterführende Schulen, wenn nicht sogar vier, müssten dafür geschlossen werden. Ein nicht unwahrscheinliches Szenario wäre, dass

die Gesamtschule in einem Ortsteil, das Gymnasium im anderen wäre. Die pädagogisch sehr gut arbeitende Hauptschule und mindestens eine Realschule sowie ein Gymnasium müssten dann laut Schulentwicklungsplan wohl geschlossen werden. Die Auswahl an Schulen würde drastisch sinken und die Schulwege würden insgesamt deutlich länger. Insgesamt wäre die Neugründung einer Gesamtschule auch laut Gutachter für die Stadt finanziell und organisatorisch aktuell nicht leistbar. Dass SPD und Grüne angesichts von Feuerwehrneubauten, Neubauten von vier Kitas, Neubau von Wohngebäuden für Geflüchtete, Programm Soziale Stadt (mit dem Neubau der Grundschule Sandheide) usw. hier noch ein Großprojekt anschieben wollen, zeigt fehlenden Realitätssinn.

Zu einer vernünftigen Entwicklung zu einer nachhaltigen und bildungs- sowie familienfreundlicheren Stadt gehört des Weiteren neben den **Angeboten der VHS, der Bibliotheken und der Musikschule** der von uns stets unterstützte weitere **Ausbau der Kinderbetreuung in Tagespflege, Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen**. Vier Kita-Neubauten sind in Planung bzw. Realisierung, insbesondere in der Sandheide fehlen seit Jahren viele Plätze, dort wo der Kita-Besuch aus Gründen der Sprachentwicklung und Integration besonders wichtig ist. Der Anteil der 45-Stunden-Plätze (Ganztagesplätze) in den Kitas wird kontinuierlich ausgebaut. Die Beiträge sind sozial gestaffelt, Geschwisterkinder kostenfrei. Die Vergabe der Kita-Plätze erfolgt nach einer BmU-Initiative durch ein faireres Onlineverfahren. Auf Antrag der BmU wird auch die Betreuungsqualität mehr in den Blick genommen.

Dazu kommt die **Umsetzung des Spielplatzbedarfsplans**, in den auch Erkenntnisse aus einer BmU-Umfrage eingeflossen sind, so sollen u.a. mehr Leuchtturmprojekte, Angebote für U3-Kinder bzw. Jugendliche und Betätigungsmöglichkeiten für die Begleitpersonen berücksichtigt werden.

Alleine diese Projekte zeigen mehr als deutlich, dass dies nur durch eine nachhaltige Finanzpolitik zu erreichen ist.

Wir begrüßen, dass - maßgeblich unterstützt durch die Städtebauförderung - am Stadtweiher neben der Sanierung des Gewässers und dem Neubau eines Spielplatzes mit Leuchtturmcharakter auch ein Calinetics-Bewegungsparcours errichtet wird, der insbesondere Jugendliche ansprechen sollte. Bei weiteren Projekten wird sich die BmU dafür einsetzen, dass auch Bewegungsparcours für ältere Generationen angeboten und getestet werden.

Die **Jugendangebote** sollten nach unserer Ansicht bedarfsgerechter umgestaltet werden. Aufgrund der Ganztagschulen ist der Bedarf in der Woche geringer geworden, dafür sollte man Angebote am Wochenende deutlich ausbauen. Auch benötigen wir eine aufsuchende Sozialarbeit, um lärmende, alkoholkonsumierende Jugendliche konstruktiv anzusprechen. Zudem könnten viel mehr freie legale Graffitiflächen zur Verfügung gestellt werden. Wir sehen an vielen Stellen in der Stadt, dass Streetart -auch wenn es nicht jedem gefällt- immer noch attraktiver und nachhaltiger als eine graue Betonwand ist.

Einige Familien benötigen besondere Unterstützung. Daher unterstützt die BmU **präventive Programme** wie die Frühen Hilfen und Familienhebammen. Das Baby-Begrüßungspaket und das Projekt „Jedes-Kind-soll-schwimmen-lernen“ gehen auf Initiativen der BmU zurück.

Richtig war neben dem **Jugendrat** (ebenfalls eine BmU-Initiative) auch ein **Kinderparlament** zu gründen. Beide Gremien müssten nach Ansicht der BmU aber mehr an die Politik in den Ausschüssen und im Rat eingebunden werden.

Wir unterstützen die Sportvereine, indem die Stadt die Arbeit finanziell unterstützt und Turnhallen, das Neanderbad und Sportplätze zur Verfügung stellt. Um den Bedarf besser einschätzen zu können, halten wir einen Entwicklungsplan für notwendig.

Die BmU ist in der Vergangenheit dafür eingetreten, das **Ordnungsamt** zu verstärken. Es ist wichtig, dass Verordnungen und Regeln auch eingehalten werden bzw. dieses auch kontrolliert wird. Allerdings hat gerade die Zeit der Corona-Krise gezeigt, dass hier oftmals mehr Augenmaß und Fingerspitzengefühl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern notwendig und von der Verwaltungsspitze einzufordern wäre.

Wesentlich für eine soziale Stadt ist zudem, dass ihre Bewohner durch Gebühren und Mieten nicht übermäßig belastet werden.

Um das **Wohnen bezahlbar** zu machen, müssen bei der Planung am Wimmersberg aus Sicht der BmU mindestens 35- 40% sozial-geförderter bzw. preis-geminderter Wohnraum geschaffen werden. Auch die Fläche Erkrath Nord (östlich der weiterführenden Schulen) muss in diesem Sinne in Angriff genommen werden.

Außerdem müssen angesichts des **demografischen Wandels** die Beratungsangebote für einen barrierefreien Umbau der eigenen Wohnung oder das Mehrgenerationen-Wohnen gefördert werden.

Projekte wie die Dependance Schmiedestraße mit seniorengerechten Wohnungen begrüßen wir, da dadurch der Generationenwechsel in anderen Vierteln gefördert wird.

Die Taschengeldbörse, eine Initiative aus Jugendrat und Seniorenrat, zeigt, wie gut die Generationen zusammenarbeiten können. Für ein Taschengeld helfen Jugendliche Seniorinnen und Senioren in Haus, Garten und beim Einkauf. So werden viele Seniorinnen und Senioren in ihrer Selbstständigkeit unterstützt.

Und auch die allerletzte Phase des Lebens ist zu berücksichtigen. So sind durch Fehlplanungen in der Vergangenheit die städtischen Friedhofsgebühren in Erkrath ein Ärgernis.

Die BmU begrüßt den Beitritt der Stadt zur „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“. Das Franziskus-Hospiz war eines der ersten Hospize in Deutschland, gegründet und bis heute getragen von vielen engagierten Mitgliedern der evangelischen und katholischen Gemeinde in Hochdahl.

Erkrath lebt an vielen Stellen vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger, das weiterhin unterstützt und gefördert werden muss.